

6. Bemühen um einen Generationenwechsel und Stagnation in den 1920er Jahren

Wie die fortwährende Diskussion um Museumsethik und die nur geringe öffentliche Wirkung erzielende Schrift *Die Kunstmuseen und das deutsche Volk* hinterlassen die weiteren Verbandsaktivitäten in der ersten Hälfte der 1920er Jahre einen zwar engagierten, aber auch ambivalenten Eindruck vom DMB. Studiert man die Protokolle der Jahresversammlungen, so war die Berufsvereinigung in der Tat anfangs recht betriebsam. Gegenüber Landes- und Kommunalbehörden sprach sie sich bis 1920 dafür aus, das Einkommen von Museumsleitern und -assistenten dem Gehaltsniveau von Gymnasialdirektoren und Oberlehrern anzugleichen. Zudem forderte sie die Reichsregierung auf, das geplante Notgesetz zum Schutz deutschen Kulturbesitzes möglichst rasch zu erlassen, weil ihr dieser wegen der schlechten Wirtschaftslage und der im Versailler Vertrag festgeschriebenen Abgaben von Meisterwerken aus deutschen Museen stark gefährdet schien.¹

Beide Initiativen mögen exemplarisch für die Bemühungen des frühen Museumsbundes stehen, sowohl zum Ansehen des Standes der Museumsangestellten beizutragen als auch weiterhin im Sinne des eigenen Berufsstandes auf das politische Leben in der jungen parlamentarischen Demokratie Einfluss zu nehmen. Im Kontext der hitzigen Debatten, die die aktuelle Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes im Jahr 2016 begleitet haben, erscheint

1 Vgl. die Protokolle der zweiten Tagung 1918, S. 4f. u. dritten Tagung 1920, S. 7-11, Akten der Städtischen Kunstsammlungen, Stadtarchiv Düsseldorf, 0-1-7-980.0000. Zum Kunstausfuhrschutz seit 1919 vgl. Obenaus 2016. Ebd., S. 33, 60 u. 99 finden sich Hinweise auf die Haltung des DMB zur Regulierung der Kunstausfuhr, die er einerseits unterstützte, andererseits aber auch beschränkt wissen wollte. Vgl. auch Cladders 2016a; Cladders 2018a, S. 80f. u. 189-239, der die Sorge um den Schutz des Kulturguts nach dem Ersten Weltkrieg auf der Seite der besiegten Mittelmächte, allen voran Deutschlands, unter Einbeziehung des Kunstmarkts detailliert beleuchtet.

es bemerkenswert, dass der DMB bereits fast hundert Jahre vorher als einer der »Impulsgeber« für die damalige Verordnung zum Kulturgutschutz auftrat, wie Maria Obenaus in ihrer Monografie zum 1919 erstmals aufgestellten *Verzeichnis der national wertvollen Kunstwerke* betont.²

Ganz unmittelbar reagierte der DMB überdies auf die wirtschaftliche Notlage der Nachkriegszeit durch eine Resolution zur Regelung des Verkaufs beziehungsweise des Tausches von Werken aus Museumsbeständen, die von Koetschau vorbereitet und auf der Lübecker Jahrestagung im Mai 1920 verabschiedet wurde.³ Mit ihr versuchte der Museumsbund die Solidargemeinschaft unter den Museumsbeamten zu stärken und den Museen zugleich konkrete Rückendeckung zu geben: Seine Mitglieder konnten sich auf den Beschluss berufen, wenn sie sich, was angesichts der während der 1920er Jahre fortwährend knappen Ankaufsetats nicht selten war, entschieden, sich von einzelnen Werken aus Museumsbesitz zu trennen, und dabei auf heftige öffentliche Kritik stießen.⁴ Gleichzeitig gab es jedoch immer wieder auch Rückschläge für den Museumsbund. So hatte der Verband schon 1919 mit internen Vorwürfen von Mitgliedern zu kämpfen, seine Tätigkeiten würden sich in »papiernen Resolutionen« erschöpfen.⁵ In der von sozialer Aufruhr geprägten Nachkriegszeit wurde zunächst die Jahresversammlung von 1919 auf 1920 verschoben, das Treffen im folgenden Jahr, 1921, kam wiederum nicht zustande. Eine persönliche Enttäuschung für Koetschau war aber vor allem der Stillstand, den er unter dem neuen, im Mai 1920 in Lübeck zum Vorsitzenden gewählten Willy Storck beobachtete, obschon er ihn zuvor als über alle Ma-

2 Vgl. Obenaus 2016, S. 99 u. 164.

3 Vgl. ebd., S. 58; Schug/Sack 2013, S. 57f., mit dem Hinweis, Koetschau habe selbst Sammlungsstücke verkauft, um Gelder zu generieren. S. dazu auch das Protokoll der dritten Tagung 1920, S. 18, Akten der Städtischen Kunstsammlungen, Stadtarchiv Düsseldorf, 0-1-7-980.0000.

4 Vgl. Protokoll der dritten Tagung 1920, S. 14-17, Akten der Städtischen Kunstsammlungen, Stadtarchiv Düsseldorf, 0-1-7-980.0000. Die Veränderungen der Etats seit Kriegsbeginn 1914 waren ein eigener Tagungsordnungspunkt. Pauli stellte dazu die Ergebnisse einer Umfrage vor, nach der mancherorts Erwerbungsfonds komplett gestrichen worden waren. Vgl. Lidtke 1993. Verkäufe und Tauschgeschäfte von Museen sind in der Forschung zur historischen Museumspraxis bislang kaum untersucht. Vgl. Hackmann 2017.

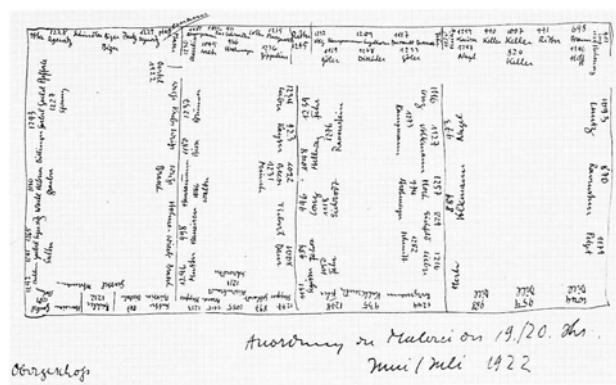
5 Koetschau an Pauli, 10.5.1919, Akten der Städtischen Kunstsammlungen, Stadtarchiv Düsseldorf, 0-1-7-980.0000.

ßen engagierten und fortschrittlichen Kollegen beim gemeinsamen Projekt *Die Kunstmuseen und das deutsche Volk* kennengelernt hatte.

6.1 Der DMB unter Willy Storck 1920-1924

Storck war 1920, im Jahr seiner Wahl zum DMB-Vorsitzenden, von der für den modernen Publikumsort Museum wegweisenden Mannheimer Kunsthalle an die Spitze der Badischen Kunsthalle in Karlsruhe gewechselt. Dort versuchte er als junger Kunsthistoriker, gerade knapp über 30 Jahre alt, in seiner kurzen Amtszeit unter Anfeindung konservativer Kreise, konsequent reformerische Ambitionen in der Erwerbungs- und Ausstellungspolitik, der Neuordnung der Sammlung und ihrer Inszenierung umzusetzen (Abb. 23-24).⁶

Abb. 23 Handschriftlicher Entwurf des Hängeplans badischer Kunst des 19./20. Jahrhunderts von Willy Storck



Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

Nachdem Koetschau es auf der Lübecker Tagung abgelehnt hatte, die Geschäftsführung selbst zu übernehmen, trat Storck im Museumsbund die Nachfolge Paulis an und setzte dessen Kurs für das publikumsnahe

6 Zu Storcks Aktivitäten in Karlsruhe vgl. Angermeyer-Deubner 1997.